



Sozialdemokratische Partei
Basel-Stadt



JAHRESRECHNUNG BASEL-STADT
GESAMTERGEBNIS

-200 Mio.

Die Quittung erhält der Mittelstand

NEIN



**Krankenkassen-
Initiative**

www.quittung-erhaelt-mittelstand.ch

Medienmappe zum Kampagnenauftritt vom 29. April 2019

Inhalt

- Medienmitteilung
- Redebeitrag Harald Friedl, Präsidentin Grüne BS
- Redebeitrag Tanja Soland, Grossrätin SP BS
- Powerpointpräsentation



Sozialdemokratische Partei
Basel-Stadt



Medienmitteilung

Basel, 29. April 2019

Die Quittung erhält der Mittelstand – NEIN zur Krankenkassen-Initiative der CVP

Die SP und Grünen Basel-Stadt haben heute nochmals vor einer Annahme der Krankenkassen-Initiative der CVP gewarnt. Dem Anliegen wurde mit der Annahme der Steuervorlage am 10. Februar bereits entsprochen. Die Abzüge werden erhöht. Zusätzliche Erhöhungen würden zu Steuerausfällen von bis zu 200 Mio. Franken führen. Die stabile Finanzpolitik des Kantons Basel-Stadt wäre in Gefahr und ein Leistungsabbau zulasten des Mittelstandes wäre die Folge der Initiative.

Die Initiative reißt ein Loch in die Staatskasse

Mit dem Basler Steuerkompromiss wurden die Einkommenssteuern bereits um CHF 70 Mio. gesenkt. Der Krankenkassenabzug wird schrittweise für alle auf 3200 CHF erhöht. Auch ohne die Krankenkassen-Initiative bezahlen so Alleinstehende mit CHF 50'000 Einkommen 14% weniger Steuern. Eine Familie mit zwei Kindern und CHF 150'000 10% weniger. Mehr können wir uns aktuell nicht leisten! Die Initiative würde zu nicht tragbaren zusätzlichen Steuerausfällen von bis zu CHF 200 Mio. pro Jahr führen. Das würde einen Leistungsabbau bedeuten zulasten des Mittelstandes.

Die Quittung erhalten wir alle

Die Initiative soll angeblich den Mittelstand entlasten. Wegen der Steuerprogression profitieren Topverdiener aber am meisten. Die Rechnung hingegen bezahlt die gesamte Bevölkerung. Das Loch in der Staatskasse muss entweder durch Abbaupakete oder durch Gebührenerhöhungen gestopft werden.

Die Initiative ist ein Fass ohne Boden

Wenn die Prämien weiter jährlich ansteigen, werden sich mit Annahme der Initiative die Steuerausfälle ebenso weiter erhöhen. Die jährlich steigenden Steuerausfälle bringen die bis anhin solide und stabile Finanzpolitik im Kanton Basel-Stadt akut in Gefahr. Diese wollen wir nicht aufs Spiel setzen, weshalb wir zum Steuerabzug der Krankenkassenprämien Nein stimmen.

Für weitere Auskünfte stehen zur Verfügung:

Pascal Pfister, Präsident SP BS 079 625 14 50

Harald Friedl, Präsident Grüne BS 076 544 48 30

Tanja Soland, Grossrätin SP BS 079 254 64 42



Sozialdemokratische Partei
Basel-Stadt



NEIN zur CVP-Krankenkassen-Initiative

Harald Friedl, Präsident Grüne Basel-Stadt

Im Februar dieses Jahres stimmten wir über die kantonale Umsetzung der SV17 in Basel-Stadt ab. Die Abstimmung wurde mit 78.8 Prozent Ja-Stimmen überdeutlich angenommen. Dieses Resultat war mitunter auch der Tatsache geschuldet, dass praktisch alle Parteien den so genannten Basler-Kompromiss mit ausgearbeitet und mitunterstützt haben.

In den Verhandlungen wurde auch über die Steuerausfälle diskutiert. Gegenüber dem ersten Vorschlag der Regierung, der Mindereinnahmen von 120 Millionen vorsah, wurde bei den Verhandlungen zwischen den Parteispitzen ein Paket von 150 Millionen Franken Mindereinnahmen geschnürt. Für die Linke war klar, dass dies die absolut höchste, noch knapp vertretbare Reduktion an Steuereinnahmen bedeutet. Auf den Kompromiss sind wir schliesslich auch eingegangen, weil die CVP zusicherte ihre Krankenkassen-Initiative zugunsten des Kompromisses zurück zu ziehen. Ein ziemlicher Trugschluss.

Wir waren und sind immer noch der Meinung, dass nach den beschlossenen Mindereinnahmen durch die SV17 keine weiteren Steuereinsparungen akzeptiert werden können. Sonst droht ein Loch in der Kasse. Weder die 30 Millionen wie sie die CVP nun propagiert und noch viel weniger die 200 Millionen, wie sie im Extremfall anfallen könnten.

Die CVP-Initiative ist auch noch aus weiteren Gründen abzulehnen. Die Abzugsfähigkeit der Krankenkassenprämien vom steuerbaren Einkommen ist definitiv keine Lösung gegen steigende Gesundheitskosten. Im Gegenteil, der Anreiz diese zu senken, wenn man sie von den Steuern abziehen kann. Ja, man könnte sogar in Versuchung kommen, eine teure Krankenkassen-Versicherung abzuschliessen mit dem Gedanken der Abzugsfähigkeit. Es ist ein Hohn, wenn die CVP behauptet, dass sie wegen des Neins der Basler-Stimmbevölkerung an der Initiative festhält. Wir sagen daher dezidiert nein zu dieser unsozialen Steuersenkungs-Initiative der CVP, die den Kanton bis zu 200 Millionen Franken kosten könnte.

Es gilt das gesprochene Wort.



Sozialdemokratische Partei
Basel-Stadt



NEIN zur Krankenkassen-Initiative

Tanja Soland, Grossrätin SP BS

Dem Anliegen der Krankenkassen-Initiative wurde mit der Annahme der Steuervorlage am 10. Februar bereits entsprochen. Die Abzüge werden erhöht. Zusätzliche Erhöhungen würden zu Steuerausfällen von bis zu 200 Mio. Franken führen. Die stabile Finanzpolitik des Kantons Basel-Stadt wäre in Gefahr und ein Leistungsabbau zulasten des Mittelstandes wäre die Folge der Initiative.

- System der Abzüge bei den Steuern: Abzüge begünstigen immer die Gutverdienenden.
- Dadurch werden in BS CHF 20 - 200 Mio. fehlen. Es ist nicht voraussehbar wie der Grosse Rat die Initiative am Ende umsetzen wird. Gesetz muss mit dem KV § vereinbar sein. Zudem könnte es Rekurse gegen die Steuerveranlagungen geben. Durch die dynamischen Steuerausfälle ist die Initiative ein Fass ohne Boden.
- Finanzplan ist durch die SV17 und STAF und Optimierung NAF noch zu ungewiss. Leistungsabbau wird vor allem den Mittelstand treffen.
- Vorschlag Freibetrag erhöhen am gerechtesten bzw. einkommensabhängige Prämienverbilligungen.
- Bundesgerichtsurteil betreffend Luzern: BS eventuell nochmals die Prämienverbilligungen erhöhen. BS ist immer noch eher tief mit Prämienverbilligungen. Da die Prämien so hoch sind, wird der Mittelstand immer noch nicht entlastet.
- (Vorteil der Prämienverbilligungen: sie müssen nicht zurückbezahlt werden. Daher wohl auch keinen Einfluss auf die Aufenthaltsbewilligung.)

Es gilt das gesprochene Wort.

JAHRESRECHNUNG BASEL-STADT
GESAMTREGIERUNG
-200 Mio.

Die Quittung erhält der Mittelstand

NEIN
Krankenkassen-Initiative

Tanja Soland
Grossrätin SP BS, Mitglied Finanzkommission

Harald Friedl
Präsident Grüne Basel-Stadt

KV BS § 123 Abs. 3 (neu)

Selbstbezahlte Prämien für die obligatorische Krankenpflegeversicherung können vom steuerbaren Einkommen abgezogen werden.

Es kann eine Begrenzung der Abzugsfähigkeit vorgesehen werden, wobei mindestens die günstigste im Kanton angebotene Prämie abzugsfähig sein muss.

NEIN, weil die Initiative ...

- ein Fass ohne Boden ist
- zu teuer ist
- ungerecht ist

Umsetzung der SV 17

- **Versicherungsabzug** für selbstbezahlte Prämien wird von CHF 2'000 auf 3'200 erhöht
- Beiträge an **Prämienverbilligungen** werden um CHF 10 Mio. erhöht
- **Einkommenssteuern** werden gesenkt

Schrittweise Senkung der Einkommenssteuern

Jahr	Unterer Satz Einkommenssteuer	Versicherungsabzug Einzelperson	Bedingung	Mindereinnahmen (1 Jahr verzögert!)
2018	22.25%	Fr. 2'000.-	(Status quo)	0
2019	22.00%	Fr. 2'400.-	Keine	0
2020	21.75%	Fr. 2'800.-	- Keine Rezession - Nettoschuldenquote <4%	Fr. 23 Mio. p.a.
2021	21.50%	Fr. 3'200.-		Fr. 46 Mio. p.a.
2022	21.50%	Fr. 3'200.-		Fr. 70 Mio. p.a.
2023	21.50%	Fr. 3'200.-		Fr. 70 Mio. p.a.
2024	21.50%	Fr. 3'200.-		Fr. 70 Mio. p.a.

Umsetzung der SV 17

- **Versicherungsabzug** für selbstbezahlte Prämien wird von CHF 2'000 auf 3'200 erhöht
- Beiträge an **Prämienverbilligungen** werden um CHF 10 Mio. erhöht
- **Einkommenssteuern** werden gesenkt

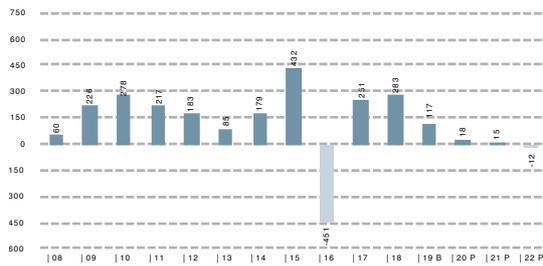
Anliegen der Initiative bereits erfüllt!

Beispiele:

- Alleinstehende mit CHF 50'000 Einkommen bezahlt 14% weniger Steuern
- Familie mit zwei Kindern und CHF 150'000 Einkommen zahlt 10% weniger.

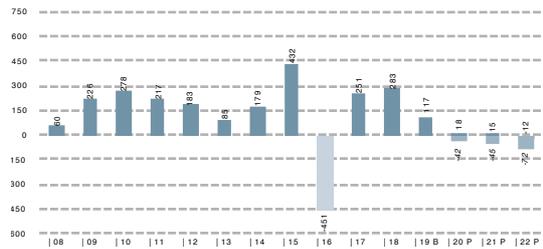
Mehr können wir uns nicht leisten

GESAMTERGEBNIS (IN MIO. FRANKEN)



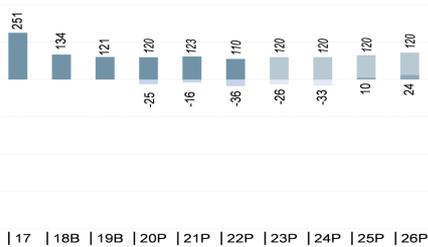
Leistungsabbau unvermeidlich

GESAMTERGEBNIS (IN MIO. FRANKEN) - ABLEHNUNG STAF



Finanzplan nach SV17

Kursiv: Vor SV17 / vor Optimierung NA



- Nach dem Basler Kompromiss besteht **kein finanzieller Spielraum** für weitere Steuersenkungen.
- Initiative bietet **keine Lösung gegen steigende Gesundheitskosten**.
- Die Initiative ist ein **Verstoss gegen die getroffene Zusicherung für den Rückzug** der Initiative.

Fazit

- Das Anliegen der Initiative bereits erfüllt!
- Die Initiative reißt ein Loch in die Staatskasse
- Die Quittung erhalten wir alle



www.quittung-erhaelt-mittelstand.ch